Helaba

Im Fokus: Geopolitik

16. November 2026

Neue Sicherheitsbündnisse

Für die Militärmacht USA begann das Jahr 2026 vielversprechend. Im Rahmen einer „militärischen Spezialoperation“ wurden der venezolanische Präsident Maduro und seine Frau aus Venezuela in die USA überführt. Der US-Präsident lobte daraufhin wiederholt die Überlegenheit der militärischen Fähigkeiten seines Landes. Doch im Laufe des Jahres wurde klar: Auch hier dominieren die Vereinigten Staaten nicht mehr uneingeschränkt. Kleinere Akteure wie die jemenitischen Huthis, aber vor allem auch die Auseinandersetzung mit dem Iran, zeigen den USA die Grenzen ihrer Macht auf. Das hat Auswirkungen auf die globale Sicherheitslage. Antworten finden sich in regionalen Sicherheitsbündnissen.



Ralf Schuster
Geopolitischer Experte
T 069/91 32-28 88

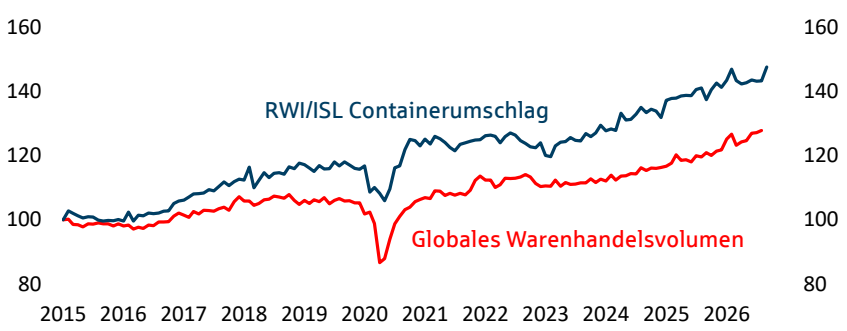
Als militärische Großmacht garantierten die USA viele Jahre die Freiheit und Sicherheit der internationalen Schifffahrt. FONOPs (Freedom of Navigation Operations) sowie eng verwandte maritime Patrouillen wurden in den letzten Jahren zunehmend gemeinsam mit regionalen und internationalen Verbündeten durchgeführt. Doch die jüngsten Ereignisse in der Straße von Hormus sowie am Bab al-Mandab, der Einfahrt zum Roten Meer, das von Süden kommend durch den Suezkanal ins Mittelmeer führt, haben den USA ihre Grenzen in militärischen Auseinandersetzungen mit vermeintlich schwächeren Gegnern wie den Huthi-Rebellen oder den Iranischen Revolutionsgarden aufgezeigt.

Am 23. Januar dieses Jahres kündigte der amtierende US-Präsident an, dass sich eine ganze Marine-Armada in Richtung Iran bewege. Damit deutete er zugleich an, dass der Iran chancenlos gegen eine derartige Konzentration militärischer Überlegenheit sei. 10 Monate später muss man jedoch konzedieren, dass die Anspielung auf die Spanische Armada auch deren Schicksal widerzuspiegeln scheint. Der amerikanischen Marine ist es bislang nicht vollumfänglich gelungen, freie Schifffahrt am Bab al-Mandab oder in der Straße von Hormus durchzusetzen, von einem Regimewechsel in der Islamischen Republik ganz zu schweigen. Vielmehr werden die Vereinigten Staaten, wie einst die Spanische Armada, von kleineren und unterlegenen Gegnern mit günstigerer und technologisch fortschrittlicherer Militärtechnologie, wie Drohnen, ausmanövriert.

Diese Entwicklung hat Konsequenzen für die internationale Sicherheitsstruktur, die sich nicht länger auf die ehemals überlegenen militärischen Fähigkeiten der USA verlassen kann. Regionale Bündnisse könnten daher versuchen, ihren eigenen Weg zu gehen, um ihre wirtschaftlichen Interessen, speziell den sicheren Ex- und Import von Waren über freie Seewege und durch maritime Engstellen, zu schützen.

Welthandel trotzt den Widrigkeiten und wächst weiter

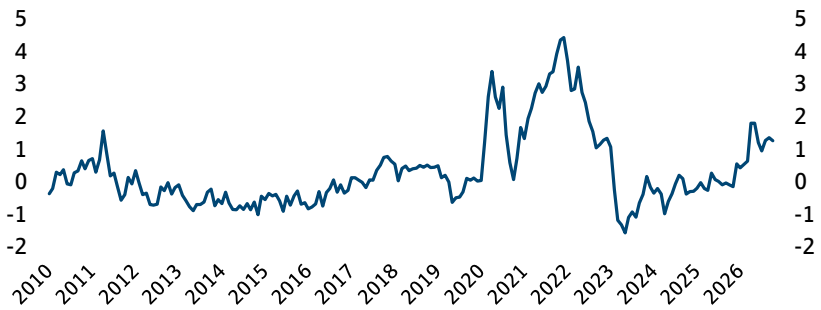
Index: 2015 = 100



Quellen: Drewry, RWI, Helaba Research

Lieferkettenstörungen* nehmen global zu, bleiben aber beherrschbar

Standardabweichung vom langfristigen Mittelwert



*Global Supply Chain Pressure Index
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Der Großteil des internationalen Handels über Kontinente hinweg ist von einer freien und sicheren Schifffahrt abhängig. Expertenschätzungen zufolge werden rund 80 % der weltweit gehandelten Güter über den Seeweg befördert. Somit ist die kommerzielle Schifffahrt das Rückgrat des globalen Handels.

Bislang haben die geopolitischen Konflikte erstaunlich wenig Effekt auf den Welthandel. Dieser wächst 2026 allen Widrigkeiten zum Trotz um schätzungsweise 4 %.[1] Damit geht ein in der Tendenz weiter steigender Güter- und Containerumschlag einher. Weil dieser vor allem auf dem Seeweg erfolgt, wären unterbrochene Routen und daraus resultierende Lieferkettenstörungen die ersten Wirkungskanäle, über die sich Konflikte auf die globale Wirtschaft auswirken könnten. Doch alles in allem zeigt sich die Weltwirtschaft robust und die Lieferkettenstörungen bleiben, trotz leichten Anstiegs, beherrschbar.

Nichtsdestotrotz behalten alle Mächte die Sicherung der See- und Handelswege im Blick. Darin dürfte auch der Gründungsimpuls der Mekka-Allianz liegen. In der letzten Oktoberwoche traf sich die neu formierte Allianz aus Saudi-Arabien, der Türkei und Pakistan in Teheran mit dem iranischen Präsidenten und dessen Sicherheitschef. Die Länder vereinbarten, die Gespräche fortzusetzen, um „Frieden und Sicherheit" in der Region durchzusetzen. Dieses hochrangige Treffen muss vor allem als Versuch der Golfmonarchie Saudi-Arabien verstanden werden, diejenigen zusammenzubringen, die Kompromissbereitschaft zeigen, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu bewahren, bevor der Konflikt zwischen den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite erneut eskaliert.

Saudi-Arabien spürt die wirtschaftlichen Auswirkungen des Irankonflikts deutlich. Der Krieg zwingt Riad, rückgängige Erträge aus sinkender Ölproduktion und -export zu kompensieren. Gleichzeitig steigt der finanzielle Aufwand durch Infrastrukturreparaturen als Kriegsfolge sowie durch Subventionen und Maßnahmen zur Abfederung der Binnenwirtschaft. Zudem steigen die Kosten für militärische Operationen und die notwendige Luftverteidigung gegen Angriffe vor allem der Huthi-Rebellen. Zwar haben höhere Ölpreise eine gewisse finanzielle Entlastung gebracht, sie gleichen jedoch den krisenbedingten Rückgang der Ölexporte nicht vollständig aus. Das Königreich sieht sich daher einem wachsenden Haushaltsdefizit und damit einhergehend einem höheren Kreditaufnahmebedarf ausgesetzt. Dies stellt ein besonders schwieriges Problem für das Projekt „Vision 2030" dar, das für die wirtschaftliche Transformation des Landes weg von der Dominanz des Energiesektors steht. Für Riad ist es daher auch fiskalpolitisch zentral, dass wieder „Frieden und Sicherheit" in die Region einkehrt.

Eines wird durch die Gespräche zwischen der Allianz und dem Iran, an denen keine amerikanischen Vertreter teilnahmen, deutlich, auch wenn offiziell nur wenige Details öffentlich kommuniziert wurden: Die betroffenen Länder nehmen ihre Sicherheit sowie die der Region zunehmend selbst in die Hand und setzen dabei auf Dialog und Konsultationen. Auch das ägyptische Parlament hat den Präsidenten ermächtigt, Saudi-Arabien militärisch zu unterstützen. Dies geschah als Reaktion auf die Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen auf zivile und Energieinfrastruktur im Königreich.

Für die USA stellt dies eine neue Herausforderung dar. Auch nach der martialischen Entscheidung, das Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umzubenennen, wird immer klarer, dass ein Großteil der militärischen

[1] Siehe hierzu das Kapitel Welthandel im Helaba Jahresausblick **Konjunktur und Kapitalmärkte 2027**.

Ausrüstung der USA, wie beispielsweise Flugzeugträger, für die heutige hybride und asymmetrische Kriegsführung nur eingeschränkt geeignet sind. Ferner setzt die Kostenasymmetrie, z.B. zwischen preisgünstigen Drohnen und den hohen Kosten der benötigten Abfangraketen, das Verteidigungsbudget der USA unter Druck.

Die internationale Ordnungsmacht USA ist auf dem Rückzug. Dies wird durch kostengünstige technologische Innovationen bei militärischen Rüstungsgütern beschleunigt. Um das entstehende Machtvakuum zu kompensieren, werden wohl zunehmend regionale Sicherheitsbündnissen an ihre Stelle treten.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:
Dr. Stephan Brand

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24
Mail: **research@helaba.de**
Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.